Nummer 398

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jüngler, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Roettner, sämtlich in Berlin.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil Christian Hagen, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 74. Jahrgang Sonnabend, 25. August 1928

Schweres Untergrundbahn-Unglück in New York.

In New York ereignete sich gestern nachmittag ein schweres Untergrundbahn-Unglück, indem zwei Wagen eines Zuges aus den Schienen sprangen und gegen die Wände geschleudert wurden. Vorläufig werden 22 Tote und über 150 Verletzte gezählt. Wir berichten darüber auf Seite 3.

Reichsbahngericht für begrenzte Erhöhung der Eisenbahntarife.

Wie der gewerkschaftliche Presse-dienst zuverlässig erfährt, hat das von der Reichsbahn-Gesellschaft und dem Reichsverkehrsministerium angerufene Reichsbahngericht sich der Notwendigkeit der Erhöhung der Eisenbahntarife mit einer gewissen Begrenzung nach oben nicht verschließen können. Die Reichsbahn erwartet die Uebermittlung des Urteils in den nächsten Tagen.

Belgrad gibt nach.

Die römische „Agenzia Stefani" veröffentlicht in größter Aufführlichkeit und mit ersichtlicher Genugtuung, die Antwort der jugoslawischen Regierung auf die beiden Noten der italienischen Gesandtschaft über die Zwischenfälle in Spalato und Sebenico.

Es ist der faschistischen Regierung natürlich immer sehr angenehm, einen außenpolitischen Sieg verzeichnen zu können. Um so leichter ist es in solchem Falle ja auch, nach drohendem Säbelgerassel wieder eine friedliche Miene aufzusetzen. Das nationale Selbstbewußtsein hat seine Genugtuung erhalten.

Das italienische Volk erfährt also, daß die Belgrader Regierung die „exemplarische Bestrafung" aller Schuldigen angeordnet hat, die im allgemeinen sogar schon geschehen ist. Die jugoslawische Regierung erklärt sich ferner bereit, alle bei den Ausschreitungen an italienischem Eigentum angerichteten Schäden voll zu ersetzen und gegen die zuständigen Beamten, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich waren, eine strenge Untersuchung einzuleiten.

In Rom kann man, wie gesagt, äußerlich mit dieser Antwort zufrieden sein, wobei freilich nicht ganz zweifellos bleibt, ob diese Belgrader Nachgiebigkeit den geheimsten Wünschen des Duce auch wirklich entspricht.

Neuere Meldungen aus Jugoslawien über den Eindruck, den die Erledigung des Zwischenfalles auf die dortige öffentliche Meinung gemacht hat, liegen nicht vor. Zur Zeit nimmt auch wohl die innenpolitische kroatische Krise die Aufmerksamkeit vor allem in Anspruch. In der ausländischen Presse wird übrigens der Vermutung Ausdruck gegeben, daß von Paris und London her auch das Belgrader Kabinett beschwichtigend eingewirkt worden ist, um die bevorstehenden Pariser Festtage nicht durch unerfreuliche Meldungen aus dem Südosten stören zu lassen.

Auch die italienisch-französische Polemik wegen des Pariser Studentenzusammenstoßes ist inzwischen von beiden Seiten abgedämpft worden. Beachtenswert ist dabei daß französische Blätter die italienische Empfindlichkeit abzulenken versuchen, indem sie auf eine angebliche deutsche Gefühlsseite, den französisch-italienischen Gegensatz auszubeuten, hinweisen. Diese Taktik ist aber zu alt, um auf die Dauer bei Anderen Eindruck zu machen. — h.

Frankreich und der Locarno-Geist.

Ein italienisches Urteil.

TU Rom, 25. August.

Die italienische Presse beurteilt auch nach der Ankunft des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg in Paris den Kriegsächtungspakt noch immer pessimistisch. Der „Messagero" erklärt: Aus der Haltung Frankreichs in der Frage der Räumung des Rheinlandes könne man erkennen, daß trotz der neuen Politik des Entgegenkommens der Geist von Locarno in Frankreich noch immer nicht die Oberhand gewonnen habe. Es seien auch keine Anzeichen dafür vorhanden, daß von den 15 oder 16 Ländern, die dem Kellogg-Pakt zustimmten, ein moralischer Nachdruck zur Bekämpfung des Krieges gegeben werden würde.

Die vorliegende Ausgabe enthält die

Reise- und Bäder-Beilage

der

Berliner Börsen-Zeitung.

(Nr. 35)

Abreise Stresemanns nach Paris

Reichsaußenminister Dr. Stresemann reist heute abend nach Paris ab. Genaue Zeit der Abfahrt und Abfahrtsbahnhof werden von den zuständigen Stellen noch geheim gehalten. Wie schon angekündigt, wird der Minister nur in kleiner Begleitung reisen. Er trägt damit dem Charakter der nur an ihn persönlich gerichteten Einladung Rechnung. Dr. Stresemann beschränkt sich also diesmal auf seinen Privatsekretär, Konsul Bernhard, den vortragenden Legationsrat Redlhammer sowie vermutlich noch auf einen jüngeren Attaché des Auswärtigen Amtes. Außerdem nimmt auch der behandelnde Arzt Professor Dr. Zondek an der Reise teil.

Wie wir weiter hören, hat der Minister seine ursprüngliche Absicht, nach den Pariser Unterzeichnungsfeierlichkeiten wieder nach Berlin zurückzukehren, um hier noch eine Weile seine Amtsgeschäfte zu führen und an den Vorberatungen für Genf teilzunehmen, wieder aufgegeben. Nach den neuesten Dispositionen wird sich Dr. Stresemann vielmehr von Paris direkt nach Baden-Baden begeben und dort wieder für einige Zeit das Sanatorium Bühlerhöhe aufsuchen, wo sich der Minister bekanntlich schon kurz nach seiner Erkrankung im Frühjahr längere Zeit aufgehalten hat.

* *

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, steht nunmehr fest, daß die deutschen Teilnehmer an den Genfer Völkerbundsversammlungen in zwei Abteilungen im Laufe der nächsten Woche Berlin verlassen werden. Am Dienstag reist schon eine Vordelegation unter Führung des Staatssekretärs von Schubert und des Ministerialdirektors Gaus ab, die Deutschland hauptsächlich während der der Vollversammlung vorangehenden Ratssitzungen vertreten werden. Am Sonnabend, den 1. September, folgt dann die deutsche Hauptdelegation unter Führung des Reichskanzlers Müller. Ihr gehören an neben den bereits vorausgereisten Herren von Schubert und Gaus die Abgeordneten Breitscheid, Dr. Kaas, von Rheinbaben und Graf Bernstorff sowie als Sachverständige Geheimrat von Simson (für Sicherheitsfragen) und die Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei Frau Lang-Brumann (als Sachverständige für die Verhandlungen zur Bekämpfung des Mädchenhandels).

Morgen Unterredung Kellogg — Poincaré

Paris, 25. August.

Staatssekretär Kellogg hatte den Vertretern der französischen und der ausländischen Presse für heute vormittag eine Einladung zu einer Besprechung im Palais der amerikanischen Botschaft zugehen lassen, der etwa 50 Journalisten Folge geleistet hatten. Nachdem der amerikanische Botschafter Herrick die Erschienenen begrüßt hatte, gab Kellogg eine kurze Erklärung ab, in der er den verschiedenen ausländischen Staatsmännern für ihre großzügige Unterstützung der Paktidee dankte und die Hoffnung aussprach, daß alle Staaten der demnächst an sie ergehenden offiziellen Einladung zum Beitritt zum Pakt Folge leisten würden. Die Beantwortung einer Frage nach der Aussicht der Ratifizierung des Paktes in Amerika lehnte Kellogg mit dem Hinweis ab, daß dies eine Angelegenheit sei, die nur den Senat und den Präsidenten der Vereinigten Staaten angehe. Er teilte schließlich mit, daß er morgen nachmittag eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré haben werde.

TU London, 25. August.

Der Washingtoner „Times"-Korrespondent weist darauf hin, die von Kellogg bei seiner Ankunft in Plymouth abgegebene Erklärung, daß er während seiner Anwesenheit in Europa das französisch-englische Flottenübereinkommen nicht erörtert werde, besitzt sicher tiefere Bedeutung. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß die Erklärung in direktem Zusammenhang mit dem in letzter Stunde gefaßten Beschluß des Stadtsekretärs stehe, London nicht zu besuchen, der mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auf eine endgültige Anweisung des Präsidenten Coolidge zurückgehe.

Rückkehr zu Poincaré.

Einen merkwürdigen Auftakt für die Zusammenkunft in Paris hat der kanadische Ministerpräsident, Herr Mackenzie King, geliefert. In einem Interview, das er nach seiner Ankunft in Frankreich dem Vertreter des „Matin" gab, teilte er mit, daß er nach der Unterzeichnung des Kelloggpaktes die Schlachtfelder des Weltkrieges besuchen und dann nach Genf gehen werde. Alles stehe miteinander in Zusammenhang. Er spielte dann auf Deutschland als das Volk der „Angreifer" an, und sagte, in Genf und Paris werde er ja „die gleiche Idee des Bundes gegen die Provokateure und gegen die Kriegsschuldigen wiederfinden". Wir würden Herrn Mackenzie King und seine plumpen Andeutungen nicht einer Erwähnung würdigen, wenn wir nicht feststellen müßten, daß der Vorfall so charakteristisch für die heutige Lage ist. Es ist bezeichnend für die Atmosphäre, in der der Kelloggpakt unterzeichnet wird, daß einer der mitunterzeichnenden Staatsmänner es wagen kann, zwei Tage vor der Unterzeichnung solche Redewendungen gegen einen anderen hervorragenden Vertragspartner öffentlich von sich zu geben. Redewendungen, die mehr sind als eine Taktlosigkeit: die eine offene Verunglimpfung Deutschlands darstellen. Offenbar ist Herr Mackenzie King der Meinung, daß außer den deutschen Vertretern niemand in Paris seine Aeußerungen als eine Störung empfindet, sondern daß er sich im Gegenteil mit solchen Aeußerungen nur der allgemeinen Stimmung anpaßt. Alle Anzeichen lassen darauf schließen, daß der kanadische Ministerpräsident mit dieser Meinung nur zu recht hat. Die Luft in Paris ist so ungünstig für Deutschland wie selten, und Dr. Stresemann geht einen schweren Gang, wenn er sich am Montag in Paris bei Herrn Poincaré melden läßt.

Man kann nicht behaupten, daß die heutige Pariser Atmosphäre viel mit dem Sinne des Paktes gemein hat, der am Montag feierlich unterzeichnet werden soll. Der Kelloggpakt soll ein Mittel zur Verhinderung des Krieges sein, indem die Vertragspartner untereinander und öffentlich gewisse Bindungen eingehen. Es ist wie eine Ironie des Schicksals, daß gerade in der Zeit, in der der Abschluß dieses Paktes vorbereitet wird, Europa im Zeichen einer Politik steht, die durch Geheimverträge mit aggressiver Spitze die Entwicklung des Geschehens im früheren, Kelloggpakt-feindlichem Sinne geradezu garantiert. Das französisch-englische Militärabkommen ist mit Recht als Anti-Kelloggpakt bezeichnet worden, und es ist sehr zu bezweifeln, ob der amerikanische Staatssekretär am Montag bei der Unterzeichnung von dem Gefühl der Genugtuung erfüllt sein wird. Er muß sehen, wie als unerwünschte Reaktion auf seine Idee in Europa eine neue Konstellation sich gebildet hat, deren Spitzen sich nach allen Seiten richten: gegen Nordamerika, gegen Deutschland und gegen Italien.

Im Augenblick kommt es den Franzosen darauf an, die Wirksamkeit des neuen französisch-englischen Zusammenschlusses gegen Deutschland zu erproben. Es wird immer klarer, daß ein wichtiger Teil des französischen Abkommens das englische Zugeständnis an Frankreich ist, daß die Frage der Rheinlandräumung künftig im Sinne Frankreichs Deutschland gegenüber behandelt wird. Im Sinne Frankreichs: daß heißt im Sinne Poincarés. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß im französischen Kabinett Briand die Waffen gestreckt hat, und daß es Poincaré endlich geglückt ist, so zusagen das Ressort Deutschland am Quai d'Orsay in seine Hand zu bekommen. Die Entscheidung in diesem Sinne ist in der Kabinettssitzung am Donnerstag gefallen. Es wird darüber bekannt, daß trotz Briands Plädoyer Poincaré sich durchgesetzt hat mit der Anschauung: die zweite und die dritte Zone bleiben als Pfand in den Händen Frankreichs und Englands bis zur allgemeinen Regelung der internationalen Schuldenfrage und bis zur endgültigen Festsetzung der Reparationszahlungen. In

Chinesische Wirtschaftsperspektiven.

Der Vertrag mit Deutschland.

Peking, 24. August.

Die chinesische Presse beschäftigt sich in von ungewöhnlichem Interesse zeugenden ausführlichen Artikeln mit dem deutsch-chinesischen Vertrag. „Ssishpao", das führende liberale Richtkuomintang-Blatt, schreibt: Deutschland hat nach dem Beispiel Amerikas der veränderten Lage sofort Rechnung getragen und schnell entschlossen mit einem Sprung vorwärts durch den Abschluß eines Vertrages die bisher schwachen Punkte seiner Stellung in China verbessert. Es hat andere Mächte, besonders das starr an den alten Gewaltmethoden festhaltende Japan weit hinter sich gelassen. Daher hat Deutschland einen günstigeren Vertrag erlangt. Der Artikel schließt zusammenfassend: **Japan hat nichts gewonnen, Amerika hat nichts verloren, Deutschland hat alles gewonnen, was es erwarten konnte.** In einem zweiten Artikel weist das gleiche Blatt auf die günstigen Wirkungen des Vertrages auf den deutschen Chinahandel und auf die allgemeine Erhöhung des deutschen Ansehens in Ostasien hin.

„Chaopao", das Organ Fengyuhsiangs, begrüßt den Vertragsabschluß als Morgenröte besserer Zeiten für China. Es erklärt bedrückt, daß nach einer langen Periode, in der fremder Kolonialimperialismus herrschte, eine Erhöhung der internationalen Stellung Chinas eingetreten sei, und sieht in dem Vertrag die Erfüllung langgehegter Hoffnungen auf internationale Gleichstellung sowie einen Ansporn für die chinesischen Staatsmänner, in gleicher Richtung fortzuschreiten. „Peiping Shibpao", die alte liberale Zeitung mit Kuomintangfärbung, stellt befriedigt der einseitigen Meistbegünstigung der alten Verträge zugunsten Chinas die Gegenseitigkeit und das Meistbegünstigungsprinzip des neuen deutschen Vertrages gegenüber bemerkt aber, daß seine volle Auswirkung allerdings erst eintreten werde, wenn sämtliche ungleichen Verträge beseitigt und die einheimische Industrie erstarkt sei.

Englisches Kapital sucht amerikanischem den Vorrang abzulaufen.

London, 25. August.

„Daily Expreß" meldet, ein großes Syndikat mit einem Gesamtkapital von über 15 Millionen Pfund Sterling sei soeben gebildet worden, das die Absicht habe, durch den Bürgerkrieg verwüstete Gebietsteile Chinas wieder herzustellen. Es gehörten ihm mehrere Schiffahrts-Linien und Textilfirmen an. Ein weiteres Syndikat, das von einer hervorragenden Maschinenbau-Firma geführt werde, stehe in Verhandlungen mit den chinesischen Nationalisten, um Wege und Eisenbahnen in den chinesischen Provinzen Tschekiang und Kiangsu zu bauen.

Marschalls- und Zivil-Politik.

Aus Nanking schreibt man uns:

Unter den Nationalisten sind es die drei Großen, Tschiangkaischek, Fengyuhsiang und Yenhsishan, von deren gemeinsamen Wirken es abhängen wird, wie sich die Dinge in der nächsten Zukunft gestalten werden. Diese drei haben im Süden die militärische Macht in den Händen, und, sowie einer von ihnen mit der seitens der Nankinger Regierung geführten Politik unzufrieden sein sollte, besteht die Gefahr, daß die Kämpfe wieder von neuem entbrennen. Alle drei verfolgen ihre Sonderziele, so daß es für Nanking sehr schwer sein wird, es jedem recht zu machen.

Noch immer gilt der gemäßigte Tschiangkaischek als der angesehenste unter den dreien, während Feng in der Vergangenheit zu oft Ursache gegeben hat, seinen geheimen Absichten Mißtrauen entgegenzubringen. Auch heute ist seine Haltung durchaus undurchsichtig. Der Gouverneur der „Musterprovinz" Shansi, Yenhsishan, dem es gelungen ist, den Bürgerkrieg 15 Jahre lang seiner Provinz fernzuhalten und ihr in dieser Zeit zum wirtschaftlichen Aufstieg zu verhelfen, gilt gleichfalls als eine hervorragende Stütze für den Aufbau des neuen China. Dieser wird aber nur möglich sein, wenn es gelingt, die Interessen der militärischen Führer den Absichten einer aufbauenden Zivilverwaltung unterzuordnen, so daß die geplanten umfangreichen Reformen reibungslos in die Wege geleitet werden können.

Indische Maßnahmen gegen Kommunismus.

EP London, 25. August.

Die Regierung von Indien hat Maßnahmen gegen die sich ausdehnende Gefahr des Kommunismus angekündigt. Sie veröffentlicht den Text eines Gesetzes über die öffentliche Sicherheit, das sich auf kommunistische Agenten bezieht, soweit diese nicht indische oder britische Staatsangehörige sind. Ausländischen Agenten wird verboten, Agitation zu treiben. Im Falle von Zuwiderhandlungen können sie zu Gefängnis bis zu zwölf Monaten verurteilt oder ausgewiesen werden. Die indische Regierung erklärt, daß sich Beweise von einer erhöhten Tätigkeit der kommunistischen Internationale in Indien gezeigt hätten.

Der persisch-englische Kampf um die Barein-Inseln.

Persien hält seine Zollrechte aufrecht.

EP Athen, 25. August.

Die persische Gesandtschaft gibt eine amtliche Erklärung über die Beschlagnahme von arabischen Gütern im Hafen von Bunga heraus. Sie erklärt, daß sich die Vorfälle innerhalb der Territorialgewässer der beiden Inseln Tamb und Abumussa ereignet hätte. Infolgedessen liege keine Verletzung des internationalen Rechtes vor, da es sich um gewöhnlichen Zollschmuggel handle.

Der Londoner „Daily Telegraph" bemerkt hierzu, daß die persische Regierung hinsichtlich der Barein-Inseln Forderungen vertrete, die seitens Englands nicht anerkannt werden könnten.

Endgültiger Rücktritt des Präsidenten Calles.

EP London, 25. August.

Der mexikanische Senator Cassaurant hat eine Erklärung abgegeben, wonach Präsident Calles nach dem Dezember nicht mehr im Amte bleiben werde. Der Senator selbst tritt von seinem Posten als Minister für Erziehung zurück. Es ist dies die erste öffentliche Mitteilung eines Kabinettsmitgliedes über die zukünftigen Absichten des Präsidenten Calles, der sich bekanntlich früher in ähnlicher Weise geäußert hat.

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilage

Der Handel mit dem Osten

(Nr. 34)